

# Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 17.

Sonntag, den 23. April 1922.

4. Jahrgang.

Verlagsgesellschaft „Lobzer Freie Presse“ m. b. H.  
Betrifauer Straße Nr. 86, Geldsendungen und Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Ludwig  
Wolff, Gdankstraße Nr. 112.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 240 M. vierteljährlich  
f. Deutschland R. M. 20.— Anzeigenpreis: für die sechs-  
gespaltene Kleinzeile M. 40.—, für Deutschland R. M. 5.—

## Um die freikirche.

### IV.

Haben wir in den unter dieser Ueberschrift bisher erschienenen Aufsätzen über die Rechte einer freien Gemeinde gesprochen, so wenden wir uns mit dem heutigen der Betrachtung ihrer Pflichten zu. Diese sahen wir in den §§ 6 bis 11 der im 3. Jahrgang unseres Blattes veröffentlichten Satzungen einer freien evang.-luth. Orts-Gemeinde. Wir wollen uns heute der §§ 7 und 9 besonders erinnern.

§ 7 lautet: „Die Gemeinde hat Sorge für die Reinheit der Lehre und des Lebens in ihrer Mitte zu tragen und daher in beiden Beziehungen an ihren Gliedern Zucht zu üben, wie geschrieben steht: Matth. 18, 15—18; Röm. 16, 17; 1. Cor. 5, 1—13; 6, 1—8; 2. Cor. 2, 6—11 Gal. 6, 1; 1. Thess. 5, 14; 2. Thess. 3, 6. 14. 15 und 2. Joh. 10, 11.“

In § 9 lesen wir: „Sie (die Gemeinde) hat darauf zu sehen, daß unter ihr alles ordentlich und ehrlich, und nicht allein vor dem Herrn, sondern auch vor Menschen redlich zugehe. 1. Cor. 14, 33. 40; 2. Cor. 8, 20. 21; Col. 2, 5.“

So sehen wir, wie die heilige Schrift der Gemeinde die heiligsten Pflichten auferlegt, die man bei uns als Vorrecht der Pastoren anieht, nämlich das Sorgetragen für die Reinheit der Lehre, die Ueberwachung derselben. Unsere Kirchenväter haben es auch so gehalten. Luther schreibt: „Ueber der Lehre zu erkennen und zu achten, gehört vor alle und jede Christen, und zwar so, daß der verflucht ist, der solches Recht um ein Härlein kränket. Denn Christus selbst hat solch Recht in unüberwindlichen und vielen Sprüchen angeordnet, z. B. Matth. 7: „Sehet euch vor vor den falschen Propheten, die Schafskleidern zu euch kommen.“ Dies Wort er ja gewiß wider die Lehrer (Prediger) zum Volk, und gebeut (befiehlt) ihm, daß es ihre falsche Lehre meiden solle. Wie können sie aber dieselben meiden, ohne sie zu erkennen, und wie erkennen, wo sie nicht Macht haben, zu urteilen? Nun aber gibt er ihnen nicht allein Macht zu urteilen, sondern gebeut es ihnen auch; daß diese einzelne Stelle genug sein kann wider aller Päpste, aller Väter, aller Concilien, aller Schulen Sprüche, die das Recht zu urteilen und zu schließen bloß den Bischöfen und Geistlichen zugesprochen, dem Volk aber, das ist der Kirche, der Königin, es gottloser und kirchenräuberischer Weise geraubt haben.“ Ebenso bezeugt Luther, daß die Gemeinde Recht und Pflicht hat, Sorge zu tragen für die Reinheit des Lebens. Die Gemeinde muß auch

ihre Einwilligung zum Ausschluß eines Gemeindegliedes erteilen, und darf dies der Pastor nicht eigenmächtig (wie bei uns) tun, „denn hier, da es die Seelen betrifft, soll die Gemeinde auch mit Richter und Frau (Herrin) sein. St. Paulus war ein Apostel, dennoch wollte er den nicht in Bann tun, der seine Stiefmutter genommen hatte; er wollte die Gemeinde auch dabei haben, 1. Cor. 5, 1. 5.“ (Schrift von den Schlüssel. 1530.)

Von besonderer Wichtigkeit für die Gegenwart ist uns § 9. Die Gemeinde macht die Ordnung. Wohl lesen wir im 28. Artikel der Augsbürgischen Konfession: „Die Bischöfe oder Pfarrherren mögen Ordnung machen, damit es ordentlich in den Kirchen zugehe. Doch hat schon der alte Theologe Carpsow sich über diese Stelle dahin ausgesprochen, daß sie geschrieben sei 1. unter Rücksichtnahme auf die Beschaffenheit jener Zeit; 2. daß damit dem Recht der ganzen Kirche nichts entzogen werde. Und ganz unzweideutig schreibt Dr. M. Luther: „Ein Bischof, als Bischof hat keine Macht, seiner Kirche einige Satzung oder Zeremonie aufzulegen ohne Einwilligung der Kirche in klaren Worten oder auf stillschweigende Art. Weil die Kirche frei und eine Herrscherin ist und die Bischöfe nicht über den Glauben der Kirche herrschen, noch sie wider Willen beschweren und belästigen dürfen. Denn sie sind nur Diener und Haushalter, nicht aber Herren der Kirche. Wenn aber die Kirche als ein Leib mit dem Bischofe einstimmt, so können sie sich mit einander auflegen, was sie wollen, wenn nur die Gottseligkeit nicht darunter leidet; können auch wieder dergleichen nach Belieben lassen.“ (Luther an Melancthon. 1530.)

Diese Lutherworte sollten heute in Flammenschrift in unserer aller Herzen brennen, heute, da unser General-Superintendent sich mit katholischen Abgeordneten verbindet, um uns, der Kirche, gegen unseren Willen, ja gerade deswegen, Satzungen aufzuzwingen, die nur das Wohl der Pastorenkaste vor allem im Auge haben, die den Geistlichen die Herrschaft in der Kirche sichern sollen. Es sagt ihnen nicht zu, der Kirche, Haushalter und Diener zu sein, wie Christus, die Apostel und die Reformatoren es von ihnen verlangen. Unsere Herren wollen sie auch zukünftig sein, wie sie es bisher waren. Was fragen sie danach, daß die Kirchen immer leerer werden, die Herzen immer irdischer gerichtet? Wenn ihnen der Staat nur beim Eintreiben der Kirchensteuern behilflich ist, wenn sie nur die „offiziellen Standesregister führen dürfen“ (der Gen.-Sup. im „Ev. Wochenbl.“ für 1922, Nr. 6), so lassen sie sich genügen. Im schlimmsten Falle kann man ja auch „den heilsamen Zwang anwenden, um die Schäfflein zum

Kirchenbesuch und Gebrauch der Sakramente zu zwingen... Man bleibt dabei doch immer ein Herrscher.

Wir fragen: Wie lange soll dies tragi-komische Spiel noch fortgesetzt werden? Wie lange soll es unter uns noch Menschen geben, die auf eigenes Denken und Erleben in geistlichen Sachen in aller Gemütsruhe verzichteten und hierin ihren Pastor und das Konsistorium für sich „sorgen“ lassen wollen? Wie lange sollen herrschsüchtige Kleriker unsere heiligsten Gefühle, unsere sehnlichsten Wünsche mit Füßen treten dürfen? Wie lange noch? Seligkeit und Verdammnis sind in unsere Hände gelegt, wir haben zu wählen, wir unser eigenes Los zu bestimmen. Und ihr wollt schlafen? Erwacht, erwacht! Schüttelt ab das Joch, welches ihr so lange getragen, welches das Gefühl geistiger Freiheit in euch eingeschlafert, euch des königlich-demütigen Gefühls eigener Verantwortung vor Gott beraubt hat und tretet an das große Erbe der Reformation, indem ihr euch zur Gründung von freien, vom Konsistorium unabhängigen, evangelisch-lutherischen Gemeinden zusammenschließet. Neues Leben wird dann unter uns erblühen und Gott wird sich mächtig an uns erweisen, wie er sich an den Vätern in Gnade und Herrlichkeit erwiesen hat. J. W.

## Warum müssen wir uns politisch zusammenschließen?

Es ist schon eine geraume Zeit verfloßen seit der Veröffentlichung des Programmwerfs der „Deutschen Partei“ in allen deutschsprachigen Zeitungen Kongresspolens. Bis jetzt hat aber noch niemand zu diesem Entwurf Stellung genommen. Es ist ein trauriges Zeichen, das von der politischen Trägheit der breiten Masse der Deutschen zeugt, aber es ist auch zugleich ein stummer Mahnruf, der uns sagt, wie sehr uns politische Schulung, politischer Zusammenschluß nottut.

Bis jetzt war die Lebensweisheit unserer Kolonisten: „Was ich nicht weiß, das macht mich nicht heiß“, oder „Was nicht ist, das hat nicht sollen sein.“ Nichts ist falscher als solche Lebensauffassung. Es ist eine alte Krankheit, die am deutschen Lebensbaum nagt und sich im stummen, gleichgültigen Fürsichdahinleben äußert; diese Krankheit ist fast so alt wie die deutsche Geschichte in Polen. Die Presse hat schon große Anstrengungen gemacht, um das Deutschtum aus dem schon fast sprichwörtlich gewordenen „dampfen Schlaf“ aufzurütteln, aber die Erfolge sind nur mäßig. Wenn auch Dornröschen — das deutsche Volk in Polen — von Zeit zu Zeit den Kopf aufhebt und die Augen aufschlägt, es verfällt dann doch wie-

der in einen ruhigen, seligen Schlaf. Dies stille Dahinbrüten muß nun endlich aufhören, es muß eine Wendung im Volksleben geschehen. Die alte Lebensweisheit, die der Gleichgültigkeit huldigt, muß abgeschüttelt werden und der zukünftige Wahlspruch muß heißen: „Was ich nicht weiß, das macht mich heiß, das muß ich wissen“ und „Was nicht ist, das wird noch sein, weil ich es erringen werde“.

Die geistige Trägheit der polnischen Deutschen offenbart sich hauptsächlich im öffentlichen Leben bei Wahlen und Versammlungen. Zum Beispiel, es soll ein Wojt gewählt werden. Sie wissen alle von der Wahl, aber niemand geht hin, denn sie denken: „Wozu? Wir werden ja doch keinen Deutschen durchbringen, da ist es besser, wir bleiben zu Hause, mögen die Polen doch wählen, wen sie wollen.“ Das ist eine strafwürdige Nachlässigkeit. Sie bedenken nicht, daß die Polen unter sich auch uneinig sind, daß sie verschiedene Kandidaten aufstellen und daß sie, die Deutschen, bei der Wahl ausschlaggebend sein könnten, daß sie vielleicht, wenn auch keinen deutschfreundlichen, so doch keinen deutschfeindlichen Gemeindevorsteher zum Wohl der Gemeinde und des Staates durchbringen könnten. In vielen Gemeinden sind die Deutschen in der Mehrzahl, z. B. Nowosolna 67,4 Prozent, Rabień 51,5 pCt., Beldów 52,4 pCt., Czermno 56,6 pCt. u. a. Hier könnten sie doch ohne Mühe deutsche Vorsteher haben, wenn sie nicht freiwillig darauf verzichteten, was offenbar der Fall ist.

Oder ein anderes Beispiel: Es soll eine deutschsprachige Schule gegründet werden. Die Deutschen werden absichtlich übersehen und zur Versammlung nicht eingeladen. Die Schule wird gegründet, aber eine polnische. Die Deutschen wissen es, aber sie denken: „Haben sie uns nicht eingeladen, so mögen sie doch machen, was sie wollen.“ Da begehen sie wieder einen großen Fehler. Es müßte dann bei ihnen heißen: „Hat man uns nicht eingeladen, so gehen wir doch hin, und werden trotzdem für uns ungünstige Beschlüsse gefaßt, so protestieren wir, mag es dann die breite Öffentlichkeit erfahren, daß uns ein Unrecht geschehen ist.“

Wir müssen wissen, was wir wollen, und müssen wissen, was wir wissen, d. h. was uns nützt. Ganze, wetterfeste Männer müssen wir sein und nicht weiche Lämmerschwänzchen.

Es ist aber nicht immer möglich, das Rechte zu treffen, nicht immer möglich, wetterfest zu sein. Deshalb müssen wir uns auch politisch zusammenschließen. Da werden die Klügsten und Weitsichtigsten, nicht vornehm Aussehende oder Reiche, zu Führern gewählt. Diese Führer stehen dann in enger Verbindung mit allen Parteigliedern, und steht mal ein wichtiges Ereignis in der Gemeinde bevor, z. B. Wojt-, Gemeindevahlen (rada gminna), oder werden Schulfragen besprochen, so wenden sich die Angehörigen der Partei an ihre Führer schriftlich oder schicken einen Bevollmächtigten und holen sich Rat und Beistand.

Kommen aber mal die Sejmwahlen heran, von deren Ergebnis ja das Wohl und Wehe der einzelnen Gesellschaftsklassen wie das des ganzen Staates abhängig ist, so läßt sich die Wichtigkeit der organisierten Partei in kurzen Worten gar nicht beschreiben. Der Vorstand läßt dann Weisungen an alle Parteigenossen ergehen, und nicht mehr schwankend, wie ein Rohr, das der Wind hin und her biegt, werden wir dastehen, sondern geschlossen und einig wählen wir unsere Kandidaten. Und je mehr wir durchbekommen, desto wirksamer werden sie dann unser Parteiprogramm vertreten können, destomehr Freiheit werden wir dann zu unserer eigenen Entwicklung erhalten.

Wir dürfen nicht zaudern, sondern müssen uns alle zu einem großen Ganzen zusammenschweißen und müssen unseren Staat mitregieren helfen.

Nicht als Zuschauer von weitem wollen wir sehen, wie unser Staatsschiff gelenkt wird, sondern wir müssen mit an das Steuer fassen und mitdenken helfen. Dies ist nicht nur unser Recht, sondern es ist unsere Pflicht, die wir uns und unserem Staate schuldig sind.

Keiner darf denken: „Ach, es wird ja auch ohne mich gehen.“ Dies Wort dürfte von nun ab kein Deutscher mehr über die Lippen bringen, sondern alle müssen wir dorthin strömen, wo uns der Leitgedanke entgegen leuchtet wird:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
In keiner Not uns trennen und Gefahr.“

H. T—r.

## Wie eine deutsche Kolonie in Polen durch einen Sprachfehler gerettet wurde.

In Polen am Bug liegt die deutsche Gemeinde Neudorf, deren Gründer — Pommern und Mecklenburger — zur Reformationszeit von einem polnischen König ins Land gerufen worden waren, um es urbar zu machen. Das Land, das sie mit ihrer Haxe für den Pflug bereit machen sollten, nannten sie das Hauland, sich selber aber die Hauländer. Jahrhunderte lang konnten sie ihre gute deutsche Art sich unter den Polen erhalten, aber um 1720 zwang man sie, sich polonisieren zu lassen. Nur ihre deutschen Namen — Ryl, Bütow, Schippenbein, Holz — und ihren protestantischen Glauben ließ man ihnen, und schließlich war die Erinnerung, daß ihre Ahnen aus Deutschland gekommen waren, fast sagenhaft geworden. Zur Zeit des Burenkrieges nun, da auch in Rußland die Begeisterung für die afrikanischen Holländer groß war, kam zufällig der Redakteur eines großen Petersburger Blattes in die Kolonie. Hier fiel ihm der Typ der Leute auf. „Das kommt davon: unsere Ahnen stammen aus Deutschland. Wir sind Hauländer!“ war die Antwort. Nun kann der Russe infolge eines Sprachfehlers bekanntlich das H nicht sprechen; er spricht es wie ein G. Au spricht er wie O; so war allmählich auch bei den deutschen Kolonisten selbst, die ihre Muttersprache vollständig verlernt hatten, das Hauland zu Golland geworden und Golandia ist für den Russen — Holland. Für die Ohren des Petersburger hatte der Kolonist also behauptet, sie seien Holländer. Und dieser Sprachfehler hat während des Krieges die deutsche Kolonie vom Untergang gerettet. Die Petersburger Blätter brachten damals große Artikel über „Burenkolonien in Rußland!“ und ein Beamter, in dessen Bezirk Neudorf lag, prohte ein Jahr später mit seiner aus der Zeitung geschöpften Kenntnis. In einem hochwichtigen Gemeindegemeinschaftsdokument fügte er die Worte hinzu: „Die Hauländer, die aus Holland emigriert sind.“ Einige Jahre später erhielt die Gemeinde einen protestantischen Pfarrer aus Kurland. Dem fielen die deutschen Namen seiner Gemeindeglieder auf und aus alten Urkunden erkannte er, daß die Gemeinde nicht holländischen, sondern rein deutschen Ursprungs war. Er klärte die Leute darüber auf und belebte so das deutsche Bewußtsein in ihnen wieder. Sie schafften sich deutsche Grammatiken und deutschsprechende Frauen aus Wolhynien an. Und nach zehn Jahren war die ganze Gemeinde in Sprache und Art wieder völlig deutsch.

Da kam der Krieg und als sich die deutschen Heere zum ersten Male der Weichsel näherten, schickten die Russen alles, was deutscher Art unter ihnen war, nach Sibirien. Auch die Neudorfer erhielten den Befehl, sich bereit zu machen. In diesem Augenblick erinnerte man sich des lustigen „historischen“ Dokumentes, das die Hauländer zu

Holländer gemacht hatte. Man fuhr damit nach Petersburg und kam mit einem neuen Dokument zurück, auf dem geschrieben stand: „Da dokumentarisch nachgewiesen ist, daß die Hauländer nicht Deutsche, sondern Holländer sind, wird der Verbannungsbefehl zurückgezogen.“ So blieben die Hauländer vor einem Schicksal bewahrt, das Tausende ihrer Stammesbrüder ins Grab gebracht hat.

## Das Schicksal einer verfolgten deutschen Schule.

Eine Sejm-Interpellation.

Wir brachten kürzlich eine Schilderung der Behandlung der deutschen Schulfrage in Celbowa im Kreis Bugig in Pommern. Diese Frage war Gegenstand einer Interpellation des Abgeordneten Splett von der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneter an den Unterrichtsminister.

In dieser Eingabe an den Sejm und den Unterrichtsminister heißt es:

„Im Dezember 1921 wurde die Simultanschule in Celbowa in eine rein polnische Schule umgewandelt. Nach dieser Maßnahme haben die deutsch-evangelischen Eltern des Schulverbandes fortgesetzt ihre Bemühungen eingestellt, für ihre Kinder, deren Zahl 50—60 beträgt, deutschen Schulunterricht zu erreichen. Es wurde die Errichtung einer deutschen Privatschule ins Auge gefaßt und die Genehmigung hierzu bei den maßgebenden Stellen erbeten. Sämtliche Bitten waren vergeblich, auf die Eingaben erfolgte keine Antwort.“

Am 17. Januar 1922 verfügte endlich das Kuratorium, daß für die deutschen Kinder aus Celbowa und der Umgegend in Celbowa eine staatliche deutsche Sammelschule eingerichtet werde und beauftragte den Kreis-Schulinspektor mit der Erledigung der diesbezüglichen Arbeiten.

Trotz dieser Verfügung hat der Kreis-Schulinspektor für das Zustandekommen der durch seine vorgelegte Behörde genehmigten deutschen Schule keinerlei die Sache fördernde Schritte unternommen, sondern sich so verhalten, daß man mit Recht behaupten kann, er fördere nicht die Errichtung der deutschen Schule, sondern suche sie mit allen Mitteln zu verhindern. In einer deutschen Elternversammlung am 4. März 1922 erklärte er: Ich verhandle nicht, wenn nicht sämtliche Eltern versprechen, ihre Kinder vom 6. März in die polnische Schule zu schicken. Die Eltern lehnten dies ab, weil ihre Kinder die polnische Sprache nicht verstehen und am Unterricht mithin nicht teilnehmen können. Sie erklärten aber, daß sie ihre Kinder in die von der vorgelegten Schulbehörde genehmigte deutsche Sammelschule, für die das erforderliche Schullokal nebst innerer Einrichtung zur Verfügung steht, sofort schicken werden, wenn die Schule eingerichtet sei. Es erregt allgemeine Erbitterung, daß man die deutschen Kinder zum Besuch der polnischen Schule durch Polizei und Gendarmen zu zwingen versucht, daß Polizeilente die ich auf Haus- und Heubänken ihrer Angst verstedenden Kinder verfolgen und damit die ganze Gegend in wilde Aufregung versetzen.

Bisher hat der Kreis-Schulinspektor die genehmigte Sammelschule nicht ins Leben gerufen und sich mit der Verfügung seiner vorgelegten Behörde, die die Einrichtung der Schule anordnete, in offenen Widerspruch gestellt, der Behörde damit den Gehorsam versagt.

Wir fragen den Unterrichtsminister ergebenst an,

1. ob ihm obige Verhältnisse bekannt sind,

2. was er zu tun gedenkt, um den Kreis-  
schulinspektor in Püzig zum Beachten des  
ihm von seiner vorgelegten Behörde erteil-  
ten Auftrages anzuhalten und der so  
lange gequälten deutschen Schulgemeinde  
Selbowa zu ihrem in der Verfügung des  
Kuratoriums klar ausgesprochenen Rechte  
zu verhelfen“.

## Aus Welt und Heimat.

Eine Pastoren-Synode soll am 26. April in  
Warschau zusammentreten. Generalsuperintendent  
Bursche will gewiß durch eine Vertrauensäußerung  
seitens der ihm treugesinnten Pastoren sich stärken,  
um dann unentwegt weiter den Kampf mit den  
„Agitatoren“ aufzunehmen. Ein dementsprechen-  
des Rundschreiben, das die Wahlen zu der be-  
vorstehenden Landesynode bespricht, ist an sämt-  
liche Gemeinden ergangen.

Ein herber Verlust traf die gegenwärtig im  
heißen Kampfe stehenden deutsch-evangelischen  
Gemeindeglieder von Lodz und Umgegend. An-  
fang April verließ der in den weitesten Kreisen  
bekannte und hochverehrte Herr Pastor August  
Gerhardt sein Lodzer Arbeitsfeld, um als Di-  
rektor der Judenmission nach der Schweiz zu ge-  
hen. Voller Wehmut sehen Tausende dem lieben  
Seelsorger und treuen Volksgenossen nach. Stand  
er doch in so vielen schweren Stunden den hart-  
bedrängten Brüdern mit Rat und Tat bei, hing  
er doch mit heißer Liebe nicht nur an der Lehre,  
sondern auch an der Sprache und Art Luthers.  
Traurig stimmt uns sein Wegzug, doch es ist der  
Wille Gottes. Sein segnenreiches Wirken, sein mu-  
tiges Kämpfen gegen jedwede Kirchenstaaterei  
bleibt für uns als nachahmenswertes Vorbild.  
Gebe Gott, daß in der neuen Heimat er seiner in  
Polen verbliebenen Glaubens- und Volksgenossen  
nicht vergesse.

Zwischen Danzig und Polen ist ab 1. April  
die Zollgrenze aufgehoben worden. Seitens der  
Danziger Behörden wird eine Beaufsichtigung  
aller Danzig verlassenden Reisenden durchgeführt,  
deren Gepäck einer Zolldurchsicht unterzogen.  
Aus Polen Einreisende müssen weiterhin einen  
Pag mit sich führen. Geld in ausländischer Wäh-  
rung darf in der Höhe von 150 Schweizerischen  
Franks (ungefähr 10.000 deutsche Mark) mitge-  
nommen werden.

Fortnahme des evangelischen Kirchleins zu  
Koschitzki. Wir berichteten vor einiger Zeit von  
den Bemühungen katholischer Kreise, das evangelische  
Kirchlein zu Koschitzki für katholische Zwecke zu  
verwenden. Trotz unseres Protestes und trotz der  
Bemühungen der evangelischen Bevölkerung bei  
der für ihre kirchlichen Angelegenheiten doch wohl  
noch zuständigen Stelle in Warschau: dem evan-  
gelischen Konsistorium, wurde jetzt mit dem Ab-  
bruch des Kirchleins begonnen, das in Rogow  
wieder aufgestellt werden soll. Die mit dem Ab-  
bruch beauftragten Personen sind im Besitz einer  
schwurlichen behördlichen Genehmigung, in dem  
begegnungsweise gesagt ist, daß im Falle eines  
Widerstandes der Evangelischen die Hilfe der  
Polizei in Anspruch zu nehmen sei!

So verfährt man mit Gotteshäusern der  
Minderheiten!

Und Generalsuperintendent Pastor Bursche  
empört sich, wenn das evangelische Ausland, dem  
solche Paßwörter doch nicht verborgen bleiben,  
von polnischer Intoleranz spricht!

Der Kampf gegen die Einführung des Ta-  
bakmonopols in Polen. Der Plan der polnischen  
Regierung, die polnische Tabakindustrie mit dem  
Tabakmonopol zu beglücken, ist in weiten Krei-  
sen der polnischen Tabakindustrie auf den schärf-  
sten Widerstand gestoßen. Dem Vorgehen dieser

Kreise gegen die Einführung des Tabakmonopols  
in Polen hat sich nunmehr auch das Danziger  
Tabakgewerbe angeschlossen, das nach dem Fall  
der Wirtschaftsgrenze zwischen Polen und dem  
Freistaat Danzig von der Einführung des Tabak-  
monopols ebenfalls auf das Schwerste geschädigt  
werden würde. — Dieser Tage hat in Warschau  
auf Veranlassung der Handelsvertreter des Tabak-  
gewerbes eine große Protestversammlung gegen  
die Einführung des Tabakmonopols stattgefunden.  
Es beteiligten sich an dieser Kundgebung auch  
Vertreter der Zigarren- und Zigarettenhändler aus  
Posen, Bromberg, Ostrowo, Graudenz, Lodz und  
Arbeitervertreter aus den Posener Fabriken. Aus  
allen Äußerungen geht nur zu deutlich hervor,  
daß sowohl die Kaufmannskreise als auch die  
Konsumenten einmütig das Tabakmonopol zu-  
rückweisen. Ein Beschluß gegen dieses Monopol  
wurde den zuständigen Behörden übermittelt.

Der Patriotismus als Befähigungsnachweis.  
Im Sejm wurde bezüglich der Rechte und Pflich-  
ten der Offiziere des polnischen Heeres ein Antrag  
angenommen, welcher lautet: „Offizier des pol-  
nischen Heeres kann ein Bürger des polnischen  
Staates sein, der den gesetzlichen Bedingungen  
entspricht, dessen polnischer Patriotismus  
keinerlei Zweifel unterliegt.“

Mitglieder von nationalen Minderheiten wer-  
den hiernach kaum in die Lage kommen, zum  
Offizier befördert zu werden, ihr Patriotismus wird  
nur dazu ausreichen, sich als gewöhnliche  
Soldaten für den polnischen Staat totschießen  
zu lassen. Warum erhebt man nicht auch Steu-  
ern und die „Danina“ nur von solchen Personen,  
deren „polnischer Patriotismus keinerlei Zweifel  
unterliegt?“ (Deutsche Nachrichten.)

Der neue Entwurf der Einkommen-  
steuer. Das Finanzministerium hat einen neuen  
Entwurf für die Einkommensteuer ausgearbeitet,  
der demnächst vom Sejm beschlossen wird. Dieses  
neue Gesetz unterscheidet sich von dem früheren da-  
durch, daß es das Existenzminimum und die An-  
sätze der Steuern dem Valutastand anpaßt. Außer-  
dem gelten nach dem neuen Projekt die Arbeiter,  
Beamten und Pensionisten, welche feste Bezüge  
haben, ein Privilegium und sie werden nicht auf  
gleicher Stufe mit jenen besteuert, welche aus dem  
Handel und Industrie ihren Verdienst ziehen und  
die ihre Lasten auf ihre Abnehmer überwälzen  
können und dies auch in den meisten Fällen tun.

Für diese frei Verdienenden ist als Existenz-  
minimum ein Jahreseinkommen von 180 000 W.  
angelegt und die Besteuerung erfolgt erst über diese  
Summe hinaus. Die Besteuerung beginnt somit  
mit einem Einkommen von über 180 000 W. und  
einem solchen Einkommen bis zu 200 000 ent-  
spricht eine Steuer von 1000 W. Diese steigt  
bedeutend bei höheren Einkommen, so daß bei einem  
Jahreseinkommen von 1 000 000 schon 9240 W.;  
bei 10 Millionen — eine Million und 4 Hundert-  
tausend; bei 20 Millionen bereits ein Viertel,  
also 5 Millionen, Steuern zu bezahlen sind. Einem  
Jahreseinkommen von 30 Millionen entspricht eine  
Steuer von sieben Millionen 5 Hunderttausend W.  
zu jeder halben Million darüber werden 125 000  
Mark aufgeschlagen.

Für die Arbeiter und Beamten beträgt das  
Existenzminimum 300 000 W. jährliches Einkom-  
men. Alle jene, welche dieses und vielleicht noch  
ein niedrigeres Einkommen beziehen, sind frei von  
der Besteuerung. Als steuerpflichtige Bezüge sind  
angelegt die Summen von über 300 000 W. bis  
3 Millionen 400 000 W.; die Besteuerung steigt  
von mindestens 0,5 Proz. bis 3,5 Proz. an. Bei  
höheren Bezügen wird die 1., also die höhere Stala  
angewendet.

Wie wir sehen, belastet das neue Projekt viel  
weniger als das frühere besonders dort, wo es sich  
um geringere Bezüge handelt. Zweck Ertrag-  
ung der Einkommen werden in den einzelnen

Ortschaften Unteraussschüsse gebildet. Die Be-  
messung ist eine viel leichtere, so daß man die auf  
den einzelnen entfallende Steuer sich selbst berech-  
nen kann.

Eine seltene Tierfreundschaft. Ein seltenes  
Vorkommnis aus dem Tierleben ist nach dem  
„Mitteilungen über die Vogelwelt“ in Hohenfelde  
beobachtet worden. Dort hatte sich eine Kaze  
auf dem Heuboden am Dach ein Lager eingerichtet.  
Einen Meter höher am Dachsparren befand sich ein  
Starenneest mit vier Jungen. Durch irgend  
einen Umstand ging das Nest eines Tages ent-  
zwei, und die vier Jungen fielen herunter und in  
das Kazenlager. Die Kaze beschniffelte die Vögel  
und beleckte sie, und die kleinen Stare kuschelten  
sich behaglich in das warme Kazenfell. Wenn  
nun die Starenmutter kam, um ihre Jungen zu  
füttern, kletterten die Kleinen oben auf die lie-  
gende Kaze und empfingen ihr Futter. Auch die  
Starenmutter wurde von der Kaze nicht im ge-  
ringsten behelligt. Es wäre für die Wissenschaft  
von großem Belang, eventuelle ähnliche Beobach-  
tungen zu erfahren. („Deutsche Nachrichten“.)

Bei Neubestellungen unserer Wochenschrift  
wolle man eine ausführliche Anschrift (Adresse)  
angeben; es müssen unbedingt vermerkt sein:  
die Poststation, der Kreis und die Ge-  
meinde (gmina). Andernfalls ist eine Zu-  
schickung der Zeitschrift unmöglich.

Auf der Warschauer Getreidebörse hielten  
die Preise weiter fest an; so zahlte man am  
13. April für einen metrischen Zentner (6 Pud):  
Weizen — 17,800, Roggen — 12,000,  
Hafer — 10,700, Seradella — 17,500,  
blaue Lupine — 8,500, Leinsamen —  
21,200 Mk.

Die ausländischen Geldwährungen machten  
keinerlei große Veränderungen durch; so zahlte  
man am:

	10. 4.	12. 4.	13. 4.
1 Dollar	3830 Mk.	3740 Mk.	3840 Mk.
1 Pf. Sterling	17600 „	16700 „	17600 „
1 franz. Frank	352 „	321 „	325 „
1 deutsche Mark	12 1/2 „	12 „	12 „

## Wochenschau.

Inland. In unserer evangelischen Kirche ist  
es nun doch zu einem offenen Bruch zwischen  
Lodz und dem Generalsuperintendenten Bursche  
gekommen. Nachdem die mehrmaligen Versuche  
vieler Gemeindevetreter, eine friedliche Lösung der  
Frage herbeizuführen, an dem Staatsinn unseres  
brüderlichen Oberhirten gescheitert waren, sahen sich  
beide Gemeinden von Lodz gezwungen, in einer  
großen Versammlung (5. April) mit Bursche und  
seinem Anhang zu brechen und die Neugestaltung  
unserer Kirche selbst in die Hand zu nehmen. Es  
steht zu erwarten, daß auch andere Gemeinden  
des Landes dem Beispiele von Lodz folgen wer-  
den, und den zum Schutz der heiligen Güter ver-  
einten Kräften wird es mit Gottes Hilfe gelingen,  
unsere evangelische Kirche aus dem Sumpf wieder  
hinauszuführen zu reiner, lichter Höhe! —

Die polnisch-deutschen Obergeschleichen-Verhand-  
lungen sind um einen beträchtlichen Schritt weiter-  
gerückt, indem die so wichtige Frage der Liquidie-  
rung (Auflösung) deutschen Eigentums nun auf  
gütlichem Wege gelöst wurde. Danach hat die  
deutsche Delegation die Liquidierung in polnisch-  
Obergeschleichen grundsätzlich anerkannt. Involuntar-  
anlagen, Gruben und Kohlenlager sollen erst nach  
Ablauf von 15 Jahren liquidiert werden, während  
Landgüter sofort nach der Übernahme Obergeschleichen  
durch Polen einer Liquidierung unterliegen.  
Sollte, was übrigens anzunehmen ist, auch in der  
Frage der völkischen Minoritäten eine  
gütliche Einigung erzielt werden, dann würde sich  
überhaupt jedes schiedsgerichtliche Eingreifen des

Präsidenten Calonder erübrigen. In Sachen der Gerichtsbarkeit ist indessen der Vertrag von den Vertretern beider Regierungen bereits unterzeichnet worden, so daß demnächst die Uebernahme des Gerichtswesens durch Polen erfolgen dürfte.

Der Anteil Polens am deutschen Reichseigentum in Danzig ist nicht unbedeutend. Nach einer vorläufigen Berechnung beläuft er sich insgesamt auf 76 1/2 Millionen Goldmark oder rund 44 Milliarden polnische Mark.

**Deutschland.** Auf die Antwort Deutschlands bezüglich der zu zahlenden Entschädigungen, in der auf die Undurchführbarkeit der neuen Forderungen hingewiesen worden war, hat nun die Entschädigungskommission ihrerseits erklärt, man sei bei der Enquete der Ueberzeugung, daß Deutschland die gestellten Bedingungen erfüllen könne. Indessen scheint man den Vorschlag Deutschlands, durch Gewährung von Auslandsanleihen die Erfüllung der Bedingungen zu erleichtern, in Erwägung gezogen zu haben; denn die Entschädigungskommission hat beschlossen, einen Ausschuß zu wählen, der sich mit dem Plan einer internationalen Anleihe für Deutschland beschäftigen soll.

**Italien.** Am 10. April fand in Genua die erste Konferenz statt. Sie umfaßt Vertreter von über dreißig Völkern. Es ist dies seit Ausbruch des Weltkrieges das erstemal, daß Freund und Feind, Sieger und Besiegte gemeinsam an einem Tisch Platz nehmen, um Mittel und Wege zur Heilung des dahinstreichenden Europa ausfindig zu machen. Die Augen der ganzen Welt sind auf Genua gerichtet; denn von hier aus soll Europa Genesung werden, hier sollen die im Kriege zwischen einzelnen Völkern errichteten Gräben und Drahtverhaue beseitigt, neue Brücken zwischen den bis dahin durch Haß und Mißtrauen getrennten Völkern geschlagen, das gegenseitige Vertrauen und die Gleichheit der europäischen Mächte wieder hergestellt werden. Die Hauptaufgabe der Konferenz soll aber der Wiederaufbau Rußlands sein.

Die erste Konferenzsitzung begann mit einer Begrüßungsansprache des italienischen Minister-

präsidenten Facta. Er weist die Versammlung auf die trostlose Lage Europas, den Mangel an Vertrauen unter den Völkern und die Notwendigkeit, diesem Zustande durch brüderliche Zusammenarbeit ein Ende zu machen, hin. Die Tagesordnung der Konferenz enthalte politische und wirtschaftlich-finanzielle Punkte. Nach der Begrüßungsrede factas ergreift Lloyd George das Wort und schlägt am Ende seiner Ausführungen vor, Facta zum Präsidenten der Konferenzversammlung zu wählen, welcher Vorschlag auch einstimmig angenommen wird. Nun sprechen der Reihe nach Barthou — der Führer der französischen Delegation — der Japaner Ichii, der Belgier Theunis, der deutsche Reichskanzler Wirth und als letzter Redner des Tages, der Vertreter Sowjetrußlands Tschitscherin. Seine Ausführungen haben auch den ersten Zwischenfall zur Folge. Als er nämlich darauf hinweist, daß in Genua auch die Frage der Abrüstung besprochen werden müßte, erhebt sich der Führer der Franzosen, denen eine Abrüstung absolut nicht in ihren Kram hineinpaßt, zum Protest, indem er scharf betont, daß die französische Delegation sich einer Abweichung von der einmal festgelegten Tagesordnung entschieden widersetze. Diese Tagesordnung wurde bereits einige Wochen zuvor von den Vertretern der Entente-Staaten in Cannes festgesetzt; natürlich enthält sie nichts, was gegen die Interessen der Franzosen sprechen würde. Das energische Eingreifen factas macht dem ziemlich scharfen Wortwechsel dieser beiden Gegner ein Ende, indem er ihnen das Wort entzieht. Immerhin gebührt der russischen Delegation die Ehre, daß sie es gewagt hat, gegen die Vergewaltigungsmethoden Frankreichs die Stimme zu erheben.

Es wurden ein politischer, ein finanzieller, ein wirtschaftlicher und ein Verkehrsausschuß gebildet. Die Ausschüsse sind unermüdetlich an der Arbeit. So ist man sich in der Finanzkommission darüber einig, daß eine auf Gold gegründete Währung eingeführt werden müßte, die als internationales Zahlungsmittel gelten würde.

### Kurze telegraphische Meldungen.

Wie italienische Blätter melden, wird in Genua auch Poincaré in den nächsten Tagen eintreffen.

An der bolschewistisch-japanischen Front im Fernen Osten sind die Japaner zum Angriff übergegangen. Die roten Truppen ziehen sich zurück.

Die Entente-Regierungen haben das Recht der Vereinigten Staaten auf Rückerstattung der Besetzungskosten anerkannt.

Amerika ist bereit, die Räteregierung Rußlands anzuerkennen, wenn die Genueser Konferenz befriedigende Fortschritte gemacht haben wird und Rußland die rote Armee verringern wird.

Der amerikanische Botschafter in Rom ist in Genua eingetroffen. Er wird an den Sitzungen der Konferenz nur als Beobachter teilnehmen.

Die Kownoer Regierung (Litauen) hat der englischen Regierung eine Note überreicht, in der sie gegen die Angliederung Wilnas an Polen protestiert.

### Briefkasten.

**Herr W. in Holendry-K.** In dem von Ihnen angegebenen Fall wird der Rechtszustand erst mit Annahme der Gesetzesvorlage durch den Sejm eintreten. Bis dahin müssen sich die Gemeindeglieder gedulden. Ratsam wäre es, von der widerrechtlichen Besitzergreifung des Schulgrundstückes die Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten (Lodz, Rozwadowska 17) zu benachrichtigen.

**Herr J. Heinberg-Orłowska.** Ihr Bericht ist für unsere Wochenschrift zu umfangreich. In kurzem Auszuge wollen wir über das wichtigste berichten.

**Herr A. Pohl-Groß-Okup.** Die ukrainische Repatriations-Kommission nimmt Geldsendungen nach der Ukraine an, die Barschaft ist für jeden Fall nicht sicher. Das späte Erscheinen unseres Blattes ist auf die öfters einretende Schadhastigkeit der Druckmaschinen zurückzuführen. Nächstens erfährt der Verlag eine neue Rotationsmaschine.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H., Petrikauer Straße 86.

## Zeit

ist es, daß Ihr Landwirte jetzt **landwirtschaftliche Maschinen u. Kunstdünger (Superphosphat)** für die Frühjahrbestellung einkauft.

Wir führen ein sehr reichhaltiges Lager zu **sehr billigen Preisen.**

Die Gelegenheit darf nicht vorüber gelassen werden, denn schon sind die Preise im Anziehen begriffen.

**Deutsche Genossenschaftsbank in Polen**  
Waren-Abteilung  
Lodz, Aljeje Kosciuszki 45/47.

### Spargelder

verzinsen wir  
bei täglicher Kündigung mit 6%  
8-wöchentlich 10%  
1/2-jährlich 12%

**Deutsche Genossenschaftsbank in Polen**  
Lodz, Aljeje Kosciuszki 45/47. 868

## Drahtzäune,

Drahtgeflechte, Rahmgewebe, Drahtgewebe aus Kupfer, Messing, verzinkt und Eisen, liefert zu annehmbaren Preisen die mechanische Drahtweberei von **W. Nebel** in Zgierz, Sredniastraße 8/10.  
Vertreter in Lodz: **R. Bernhardt**, Milchstraße Nr. 47. 7-8

# Die Billigsten

in Lodz sind

## Schmehel & Rosner,

Petrikauer Straße Nr. 100, Silliale Nr. 160,

weil sie rechtzeitig noch vor der Preissteigerung eingekauft haben.

Es sind am Lager in großer Auswahl:

Damen-Kleider, neueste Damen-Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleiderstoffe in Garbardin, Cheviot, Boston und Flora. Ferner: Herren- und Damen-Wäsche aus Madapolam sowie feine Damen-Wäsche aus Batist, Etamin; Strümpfe, Weißwaren auf Meter, Bettzeuge, Kretons, Handtücher, Tischdecken, Laken etc.



## Die Drogen- u. Samen-Handlung

von

# Berthold Piltz

Lodz,

Gurny Rynek (Geyer's Ring) Nr. 5,

hat aus Erfurt einen

großen Transport frischen Samen, wie: Blumen-, Gemüse- und Futterrüben-Samen usw. erhalten und empfiehlt diesen zu mäßigen Preisen.

Außerdem empfiehlt sie ihr reichhaltiges Lager in Apothekewaren, kosmetischen und chirurgischen Artikeln, Farben, Oelen usw.

Besonders große Auswahl in verschiedenen Parfüms und Seifen.

